"Norwegens emotionales Nein" in Süddeutsche Zeitung (27. September 1972)

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Dürrmeier, Hans ; RHerausgeber Heigert, H. 27.09.1972, Nr. 222; 28. Jg. München: Süddeutscher Verlag.
Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung
URL: http://www.cvce.eu/obj/"norwegens_emotionales_nein"_in_suddeutsche_zeitung_27_september_1972-de-38c98ca4-ca9f-476d-b77a-f2c4a36d6198.html
Publication date: 16/09/2012

Norwegens emotionales Nein

VON DIETER SCHRÖDER

Zunächst bedeutet das „Nein“ der norwegischen Wähler zum EWG-Beitritt nur eine politische Krise für Norwegen und keine für die Europäische Gemeinschaft. Dennoch kann der Volksentscheid der Norweger Auswirkungen auf die EWG und die zukünftige Gestalt Europas haben. Die Gemeinschaft der Zehn, die als vollendete Tatsache schon vorausgenommen worden war, ist nun über Nacht auf neun geschmolzen, und wenn die Dänen am kommenden Montag auch noch „nein“ sagen, dann sind es nur noch acht. Darüber leichten Herzens zur Tagesordnung überzugehen, wird der europäischen Gipfelkonferenz in Paris kaum gelingen. Die Idee der europäischen Einigung muß weiteren Schaden erleiden, wenn nicht nur die Vertiefung Schwierigkeiten macht, das Fortschreiten zu größerer Gemeinsamkeit, sondern auch die Erweiterung.

Daß der Volksentscheid in Norwegen von Emotionen entschieden worden ist, von der Existenzangst der Bauern und Fischer, ist zweifellos richtig, sollte die EWG aber nicht beruhigen. Bei diesem Nein haben nicht nur die sehr geschickt operierenden norwegischen EWG-Gegner Geburtshilfe geleistet, sondern die Mitglieder des EWG-Ministerrats selbst, die sich mit besonderer Hartnäckigkeit gegen die durchaus verständlichen Schutzbedürfnisse der norwegischen Landwirtschaft und Fischerei gesträubt haben. Obwohl Premierminister Bratteli die Verhandlungen mit der EWG noch in die Länge zog, mußte er schließlich einen Beitrittsvertrag unterzeichnen, der hinter seinen eigenen und erst recht hinter den Erwartungen vieler seiner Wähler zurückgeblieben war. Zu dieser Zeit verfügte Bratteli ohnehin nur über eine Stimme Mehrheit im Storting für den EWG-Beitritt. Wenn die EWG Norwegens Beitritt in jedem Fall gewollt hätte, wäre es ihr durchaus möglich gewesen, ihm die Gratwanderung zu erleichtern. Zwar ist das Referendum für die parlamentarische Entscheidung nicht bindend, aber in Brüssel war ebenso wie in Oslo bekannt, daß sich einige schwankende Abgeordnete bei einem Nein auf die Seite der EWG-Gegner schlagen würden.

In Brüssel, Paris, Bonn und neuerdings auch in London läßt sich leicht über die Wahrung der in den Römischen Verträgen niedergelegten Prinzipien reden, bei kleinen Anrainern wie Norwegen und Dänemark ist dagegen nur schwer der Verdacht zu zerstreuen, daß sich – wie bei der gemeinsamen Fischereipolitik – am Ende die Interessen der Großen doch mit den Prinzipien vermengen. Es war diese Furcht vor dem Moloch EWG, vor dem Kapital der Großen, die die norwegischen Fischer und Bauern an ihrem Nein festhalten ließ. Sie sehen ihre Interessen außerhalb der EWG besser gewahrt. Die Fischindustrie, die ihren Hauptkunden ohnehin in den USA hat, kann nun ungehindert von Oslo fordern, es möge nach dem Beispiel Islands die 50-Meilen-Schutzzone einführen. Den mit einem ungünstigen Klima ringenden Landwirten kann die EWG nicht den Schutz bieten, den ihnen der norwegische Wohlfahrtsstaat garantiert. Dennoch ist die Haltung der Fischer und Bauern kurzsichtig, denn auch Norwegen wandelt sich schnell in eine Industriegesellschaft, und der Industrie lag viel an der Mitgliedschaft. Nur, der Vorwurf, Interessen über Prinzipien gestellt zu haben, darf sich nicht allein an ihre Adresse richten; darüber wäre auf der Pariser Gipfelkonferenz doch in einem größeren Zusammenhang zu reden.

Angesichts der engen Bindung Dänemarks an Norwegen ist nun damit zu rechnen, daß sich die Dänen am kommenden Montag ebenfalls gegen die EWG-Mitgliedschaft aussprechen (Ihr Nein wäre sogar bindend). Zwar sind die Briten und die Deutschen die Hauptkunden der dänischen Landwirtschaft, aber ähnlich wie in Norwegen sind auch in Dänemark die zum Teil politisch motivierten Emotionen gegen die EWG sehr stark. Sollten Norwegen und Dänemark abseits stehen, ergeben sich einige ernst zu nehmende Gefahren: Das traditionell demokratische Element, wie die Briten es sehen, ist geschwächt und damit das innere Gleichgewicht der EWG. Schon auf dem Labour-Parteitag in der nächsten Woche könnten die EWG-Gegner die Oberhand gewinnen und eine künftige Labour-Regierung sogar auf den *Austritt* aus der EWG festlegen. Ein solcher Beschluß müßte die Zukunft der EWG weiter belasten. Ein großer Teil der EWG-Gegner in Norwegen und Dänemark bekämpft auch die NATO-Mitgliedschaft und wird versuchen, nun den Austritt aus der NATO zu erzwingen. Eine Neutralisierung ganz Skandinaviens müßte jedoch die Nordflanke der NATO erheblich schwächen. Zunächst befindet sich Norwegen jedoch in der tiefsten Regierungskrise seit Kriegsende, aus der sich nach dem angekündigten Rücktritt Brattelis so leicht kein Ausweg finden lassen wird, da die in Sachen EWG miteinander und untereinander zerstrittenen Storting-Parteien so schnell keine

regierungsfähige Koalition bilden können.